



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

8. November 2016
Andreas Hofer

B 62 Nachtragskredite zum Voranschlag 2016; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Bewilligung / Finanzdepartement

Antrag Marcel Zimmermann: Ablehnung.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Die PFK hat an ihrer Sitzung zusätzlich zum KP17 die Botschaft B 62 beraten. Es fand eine sehr intensive Diskussion statt. Die Pro-Kopf-Beträge sind arg in Kritik geraten, ebenso die Mehrkosten für die integrative Sonderschulung sowie das Qualifikationsverfahren. Die Kommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten und hat in der Schlussabstimmung allen Nachtragskrediten mit 13 zu 4 Stimmen zugestimmt.

Für die CVP-Fraktion spricht Guido Roos.

Guido Roos: Die Regierung beantragt mit der Botschaft B 62 Nachtragskredite in der Höhe von 10,23 Millionen Franken. Davon betreffen 9,35 Millionen Franken die Erfolgsrechnung und 0,88 Millionen Franken die Investitionsrechnung. Die CVP kann die Mehrkosten, welche ausschliesslich im Bildungswesen anfallen, nachvollziehen. Sie wird auf die Botschaft eintreten und den Nachtragskrediten zustimmen. Die Gründe der beantragten Nachtragskredite sind hauptsächlich in einem grösser als budgetierten Mengenwachstum zu finden. Dass die Nachfrage nach Bildungsgängen bei den höheren Fachschulen und in den Vorbereitungskursen für die Berufsprüfung stärker gestiegen ist, betrachten wir in Zeiten des Fachkräftemangels grundsätzlich als sehr positiv. Leider führt diese positive Mengenentwicklung jedoch auch zu Mehrkosten für den Kanton Luzern. Dass aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen Mehrkosten für Deutsch als Zweitsprache für diese Kinder entstehen, ist eine Tatsache und somit nachvollziehbar. Unschön ist die Tatsache, dass der Kanton Luzern aufgrund eines Urteils des Kantonsgerichtes Salärnachzahlungen im Umfang von 0,7 Millionen Franken leisten muss. Der beantragte zusätzliche Kredit von 0,88 Millionen Franken, welcher die Investitionsrechnung betrifft, gründet auf einer vereinfachten Abwicklung von Darlehen. Neu gewährt der Kanton Luzern selber anstelle der LUKB diese zinslosen Darlehen. Durch diese Systemänderung wird der Kanton Luzern schlussendlich Kosten senken können. Wie bei allen Nachtragskrediten werden wir vor vollendete Tatsachen gestellt. Nicht zufrieden sind wir mit den folgenden zwei Punkten: erstens, dass geplante Einsparungen bei den Qualifikationsverfahren Berufsprüfung nicht realisiert werden konnten, und zweitens, dass insgesamt lediglich 1,6 Millionen Franken innerhalb der betroffenen Globalbudgets kompensiert werden konnten. Die Mehrkosten hätten auch als Kreditüberschreitung im Folgejahr beantragt werden können. Die Beantragung der Nachtragskredite durch die Regierung erachten wir als Zeichen der offenen Kommunikation gegenüber dem Parlament. Die CVP wird den Nachtragskrediten zustimmen.

Für die SVP-Fraktion spricht Marcel Zimmermann.

Marcel Zimmermann: Die SVP lehnt die Nachtragskredite ab. Wir sind mit den hohen

Nachtragskrediten unzufrieden. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso das Bildungs- und Kulturdepartement bei der letzten Budgetdebatte noch 1 Million Franken Sparpotenzial wegen Mengenabweichungen nach unten ausgewiesen hat und jetzt Nachtragskredite von 10 Millionen Franken beantragt. Ob das Parlament heute Ja oder Nein zu den Nachtragskrediten sagt, spielt überhaupt keine Rolle, das Geld ist sowieso schon ausgegeben. Die SVP setzt mit der Ablehnung aber ein Zeichen gegen die aus unserer Sicht eindeutig aus dem Ruder laufenden Kosten im Asylwesen; im Wesentlichen geht es bei den Nachtragskrediten um Bildungskosten im Asylbereich. Die Bundespauschalen reichen nicht einmal für die Kosten aus, die im Gesundheits- und Sozialdepartement anfallen. Auf der anderen Seite fallen im Bildungs- und Kulturdepartement weitere Kosten an, die nirgendwo so ausgewiesen werden. Wir wehren uns aber auch gegen die buchhalterischen Tricks, die das Bildungs- und Kulturdepartement bei der Budgetierung hier offenbar anwendet. So wurde uns gesagt, die Speicherbibliothek sei früher fertig geworden als geplant. Dies ist aber gar nicht so, die Speicherbibliothek wurde offenbar einfach vergessen bei der Budgetierung. Setzen auch Sie ein Zeichen gegen die überbordenden Nachtragskredite, und sagen Sie Nein.

Für die FDP-Fraktion spricht Franz Räber.

Franz Räber: Haben Sie das Editorial aus dem „LLV Diskurs“ des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbandes gelesen? Gerne zitiere ich eine Stelle daraus: „Die Volksschule hat planbare Mehrkosten verursacht – durch grössere Schülerzahlen, die man kennt, weit vor einem Budgetprozess.“ Es ist nun erstaunlich, dass wir einen Nachtragskredit behandeln mit einem Mehraufwand im Bildungsbereich von über 10 Millionen Franken. Davon, so wird uns erklärt, können fast 2 Millionen Franken der Mengen- und Kostenentwicklung in der Volksschule zugeschrieben werden. Zusätzlich verzeichnen wir in diesem Nachtragskredit weitere Mehrkosten aus den zu tief budgetierten Studierendenzahlen. Aber auch die erhöhten Asyl- und Flüchtlingszahlen haben eine weitere Auswirkung in diesem Nachtragskredit. Es sind zusätzliche Deutschlektionen für diese Kinder notwendig geworden. Zu denken geben muss auch die Salärnachzahlung an die Instrumentallehrer. Da ist dem Parlament beim Sparprogramm Leistungen und Strukturen II leider eine illegale Sparmassnahme vorgesetzt worden. Zudem sind unter der Bezeichnung „Mehrkosten für Qualifikationsverfahren“ 400'000 Franken offensichtlich nicht eingespart worden, obwohl der Auftrag dazu vom Parlament gegeben worden war. Die FDP tritt auf die Botschaft B 62 ein und stimmt ihr zu. Wir verlangen aber in Zukunft ein ehrliches und richtiges Budget, welches weder geschönt noch zu optimistisch erstellt worden ist. Unsere finanzielle Situation verlangt das.

Für die SP-Fraktion spricht Michael Ledergerber.

Michael Ledergerber: Natürlich sind Mehrkosten ein Ärgernis. Es zeigt sich aber einmal mehr, dass der Kantonsrat eine Finanzpolitik verfolgt, die eine äusserst knappe Budgetierung verlangt. Wenn man eine Finanzstrategie der knappen Mittel möchte, damit man Leistungsabbau betreiben kann, wird man sich noch vermehrt mit solchen Nachtragskrediten auseinandersetzen müssen. Der Budgetdruck führt aber noch zu einem weiteren Unding: Vermehrt werden durch Verordnungsanpassungen Massnahmen beschlossen, die rechtlich nicht standhalten. Die SP-Fraktion hat immer wieder auf diesen Umstand und ihre Bedenken über die Anpassung der Anstellungsbedingungen für die Instrumentallehrpersonen hingewiesen. Die Lehrpersonen selber haben rechtliche Schritte eingeleitet und recht erhalten. Wir dürfen deshalb nicht darüber verwundert sein, wenn die Rechnung nicht mehr aufgeht. Die SP-Fraktion stimmt den Nachtragskrediten zu.

Für die Grüne Fraktion spricht Michael Töngi.

Michael Töngi: Nachtragskredite sind immer eine schwierige Sache, weil sie letztlich hingenommen werden müssen und unklar ist, ob nicht von Anfang an zu tief budgetiert worden ist. Hier haben wir es praktisch nur mit einem Mengenwachstum zu tun. Auf das gesamte Budget bezogen handelt es sich um einen Betrag von nur 0,3 Prozent, aber in den einzelnen Globalbudgets sind es doch Beträge von bis zu 1,5 Prozent. Zwei Punkte sind hier aber anzufügen: Wir haben eine sehr enge Budgetierung, und deshalb führt ein

Mengenwachstum auch schnell zu einem Nachtragskredit. Wahrscheinlich budgetiert man beim Mengenwachstum sehr vorsichtig, damit die Voranschläge irgendwie noch aufgehen, das haben wir auch im Asylbereich gesehen. Andererseits, wenn das Mengenwachstum eintritt, können diese Mehrkosten nicht mehr an einem anderen Ort eingespart werden. Das zeigt auch, dass die berühmte Luft nach oben nicht mehr vorhanden ist. Knappes Budgetieren als Grundsatz finden wir nicht schlecht, aber die entsprechenden Nachtragskredite müssen deshalb auch genehmigt werden, wenn es um ein reines Mengenwachstum geht, das nicht absehbar gewesen oder in einem prozentual geringen Ausmass vorhanden ist. Interessant wäre es auch, einmal eine Liste der nicht ausgeschöpften Globalbudgets mit den entsprechenden Begründungen zu sehen. Wir erhalten durch die Nachtragskredite nur Einblick in jene Gebiete mit höheren Ausgaben. Die Grünen sind für Eintreten und stimmen der Vorlage zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Urs Brücker.

Urs Brücker: Es handelt sich hier bereits um die zweite Nachtragskreditvorlage, die der Kantonsrat dieses Jahr behandeln muss. Im April haben wir über Nachtragskredite in ähnlicher Höhe befunden. Es zeigt sich immer mehr, dass bei knappen Kassen auch knapp budgetiert wird, was an sich ja verständlich ist. Ich hoffe aber, dass das nicht zur Regel wird. Speziell aufgefallen sind uns die Mehrausgaben im Bereich des Flüchtlings- und Asylwesens; bereits im April kam es dort zu Nachtragskrediten. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt den Nachtragskrediten zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: In der Tat sind unsere Budgets sehr eng, dadurch werden auch Nachtragskredite wahrscheinlicher. Wir achten aber in Zukunft noch mehr darauf, die Mengen besser abschätzen zu können. Es gibt tatsächlich auch Kredite, die nicht voll ausgeschöpft werden. Wir haben der PFK eine Hochrechnung darüber vorgelegt. In der Jahresrechnung werden diese nicht ausgeschöpften Kredite detailliert aufgeführt. Das Finanzhaushaltsgesetz regelt übrigens den Unterschied zwischen einem Nachtragskredit und einer Kreditüberschreitung ganz klar, an dieses Gesetz halten wir uns.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Bewilligung von Nachtragskrediten zum Voranschlag 2016, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 85 zu 25 Stimmen zu.